

Positionen zu ausgewählten bildungspolitischen Grossratsgeschäften der Novembersession 2017

040-2017 Richtlinienmotion

Jan Gnägi BDP
+ 1 weitere

Politik muss im Schulrat der BFH vertreten sein!

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Vertretung des Grossen Rates im Schulrat der Berner Fachhochschule sicherzustellen.

Stellungnahme der Regierung

Antrag: Ablehnung

Aus Gründen der Gewaltenteilung und der Public Corporate Governance lehnt der Regierungsrat die Einsitznahme eines Mitglieds der Grossen Rates im Schulrat der BFH ab. Einerseits übt der Grosse Rat die Oberaufsicht über die BFH aus, andererseits stellt der Regierungsrat mit Public Corporate Governance Aufsicht und Controlling sicher.

Stellungnahme Bildung Bern

Empfehlung: Ablehnung

Bildung Bern teilt die Haltung des Regierungsrates und empfiehlt die Motion zur Ablehnung. Wie die Regierung und der Motionär erachtet Bildung Bern die Vernetzung und die Kommunikation der BFH mit dem Grossen Rat als sehr wichtig. Dies wird mit der Begleitgruppe und geeigneten politiknahen Leuten im Schulrat sichergestellt. Gleichzeitig wird die Autonomie gegenüber der politischen Führung gewahrt.

048-2017 Motion

Roland Näf
Fraktionsvorstoss SP

Schluss mit Notsituationen – für eine gute Förderung der Kleinsten!

Der Regierungsrat sorgt dafür, dass an Klassen des 1. Zyklus der Volksschule in schwierigen Situationen im Teamteaching unterrichtet werden kann. Der Umfang der zusätzlichen Unterstützung wird in Absprache zwischen der Schule und dem Schulinspektorat festgelegt.

Stellungnahme der Regierung

Antrag: Annahme und gleichzeitige Abschreibung

Der Regierungsrat anerkennt den grossen Betreuungsbedarf von Kindern des 1. Zyklus. Er macht geltend, dass mit den bestehenden Instrumenten (zusätzliche Unterstützungslektionen, Lektionen für Integration und besondere Massnahmen, Einsatz von Klassenhilfen) flexibel einsetzbare Möglichkeiten zur Entschärfung des Problems bestehen. Zusätzliche Mittel kann der Regierungsrat aufgrund der finanziellen Lage des Kantons nicht unterstützen.

Stellungnahme Bildung Bern

Empfehlung: Annahme

Bildung Bern kennt die schwierige Situation von Lehrpersonen des 1. Zyklus und den hohen Betreuungsbedarf der Kleinsten des Schulsystems. Seit Jahren fordert der Verband deshalb für die Schuleingangsstufe das Vier-Augen-Prinzip. Kinder könnten so besser begleitet und Störungen früher aufgefangen werden. Dies würde die schulnahen Institutionen wie Erziehungsberatung, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Schulsozialarbeit u.a. entlasten.

Mit der Anwesenheit von grundsätzlich zwei Personen könnten die Lehrpersonen den Kindern die notwendige Unterstützung zukommen lassen. Wenn eine Klasse des 1. Zyklus alleine betreut werden muss, kann die Verantwortung für die Kinder nicht vollumfänglich wahrgenommen werden und qualitativ guter Unterricht bleibt auf der Strecke.

Genügend Betreuung und Unterstützung im 1. Zyklus reduziert die Folgekosten von krankheitsbedingten Ausfällen von Lehrpersonen und nicht adäquat eingeschulter Kindern.

058-2017 Postulat

Hans-Rudolf Vogt FDP

+ 10 weitere

Schüler sind junge Menschen – Keine Überschulung

Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen, dass

1. in der Lektionentafel eine maximale obligatorische Zahl der Lektionen pro Stufe festgelegt werden kann. Diese sollen im Grundsatz wie folgt aussehen:
 1. Zyklus: KG bis 2. Klasse 22 Lektionen, 3. - 4. Klasse 26 Lektionen
 2. Zyklus: 5. - 6. Klasse 30 Lektionen
 3. Zyklus: 7. - 9. Klasse 32 Lektionen
2. Nur in begründeten Fällen ist von dieser Maximalzahl abzuweichen.

Stellungnahme der Regierung

Antrag: Ablehnung

Im Zusammenhang mit dem Lehrplan 21 wurde die Lektionentafel breit diskutiert. Sie bewegt sich im Schnitt der anderen Kantone und ist abgestimmt auf die Erreichung der im Lehrplan aufgeführten Kompetenzen.

In den Allgemeinen Hinweisen und Bestimmungen (AHB) zum Lehrplan 21 sind die Rahmenbedingungen festgehalten, die es braucht, damit es nicht zu einer Überforderung der SchülerInnen kommt.

Stellungnahme Bildung Bern

Empfehlung: Ablehnung

Mit der Einführung des Lehrplan 21 wird in der Schweiz das Harnos-Konkordat umgesetzt. Dieses fördert die Chancengerechtigkeit unter den Kantonen und strebt eine Angleichung

der Bildungsinhalte innerhalb der Deutschschweiz an. Daran angelehnt wurde die Lektionentafel entwickelt. Inhalt und Form wurden aufeinander abgestimmt, resp. Ziele und Kompetenzen definiert und die Zeit, die notwendig ist, um diese zu erreichen. Es ist unsinnig, nun einen der Parameter verändern zu wollen.

Zudem geht es im Lernfeld Volksschule um weit mehr als das rein fachliche Wissen. Es geht auch um Selbst- und Sozialkompetenz. Diese gelingt nur, wenn die entsprechenden Gefässe bereitgestellt sind, d.h. die Kinder genügend Übungszeit auch dafür erhalten. Gerade in Zeiten grosser gesellschaftlicher Umbrüche ist dies für den Zusammenhalt einer Gesellschaft unerlässlich.

Bildung Bern weist darauf hin, dass die Schule oft einer der wenigen kindgerechten Orte ist und es ausserhalb der Schule oft schwierig ist, ein kinder- und noch schwieriger ein jugendfreundliches Umfeld zu finden. Tatsache ist, dass es für viele Jugendliche äusserst anspruchsvoll ist, ihre Nicht-Schulzeit sinnvoll zu verbringen.

Für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten würde die Chancengerechtigkeit mit einer Reduktion der Lektionenzahl massiv schlechter. Zum Thema Chancengerechtigkeit hat die Erziehungsdirektion mit der Publikation «Education 4.17» ein aufschlussreiches Dossier publiziert.

Mit dem Lehrplan 21 wird die Hausaufgabenzeit pro Woche gekürzt. Dadurch nimmt die Belastung ausserhalb der Schulzeit ab. Von Überschulung kann also keine Rede sein.

Lehrplan 95	Lehrplan 21
1./2. Klasse 1.5 Stunden	1. Zyklus (ohne KG) 30 Minuten
3./4. Klasse 2 Stunden 5./6. Klasse 3 Stunden	2. Zyklus 30 – 45 Minuten
7.-9. Klasse 4 Stunden	3. Zyklus 1.5 Stunden

Dies sind nur einige Gründe dafür, dass Bildung Bern die Motion entschieden ablehnt.

088-2017 Motion

Markus Wenger EVP
+ 4 weitere

Finanzierungskonzept für die Austragung der SwissSkills in Bern

Der Regierungsrat wird beauftragt

1. sich für eine regelmässige Austragung der SwissSkills in Bern einzusetzen.
2. ein Konzept für die Finanzierung mit interessierten Gruppen zu erarbeiten.
3. die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Stellungnahme der Regierung

Antrag: Annahme als Postulat.

Der Regierungsrat anerkennt die SwissSkills als bildungspolitisch und volkswirtschaftlich bedeutenden Anlass, von dem der Kanton profitiert. Vom Verein «SwissSkills Event und Marketing» wird nach 2018 die Möglichkeit einer regelmässigen Durchführung geprüft. Allerdings müsste sich dann Bern als Durchführungsort wieder bewerben. Für die Finanzierung einer

regelmässigen Durchführung in Bern, mit Kostenfolgen von ca. CHF 2 Mio. müsste zuerst die rechtliche Grundlage geschaffen werden. In Anbetracht der knappen Finanzmittel des Kantons ist der Regierungsrat bereit, Optionen zur Finanzierung mit anderen öffentlichen Partnern ergänzend zu den privaten Engagements zu prüfen.

Stellungnahme Bildung Bern

Empfehlung: Annahme

Die SwissSkills sind ein Schaufenster für die Vielfalt der Berufe, zeigen die Qualität des dualen Bildungssystems und fördern dessen Attraktivität. Bildung Bern unterstützt den Anlass mit seiner Strahlkraft und ist der Meinung, dass dieser regelmässig in Bern durchgeführt werden sollte. Infrastruktur und Nähe zur Verwaltung bieten gute Voraussetzungen dazu. In Anbetracht des zu leistenden Beitrags an die Kosten von CHF 2 Mio. ist die Finanzierung umsichtig zu begleiten. Es versteht sich von selbst, dass diese Kosten nicht zu Lasten anderer Investitionen in die Bildung gehen dürfen.

Anna-Katharina Zenger
Leiterin Gewerkschaft

Bern, 7. November 2017